

Die Rendite der Angst

Die Bevölkerung will eine neue Wirtschaftsordnung. Das spielt ausgerechnet gefährlichen Populisten wie Frank Stronach in die Hände.

VON EDITH MEINHART

Wilhelm Rasinger vertritt Kleinaktionäre. In der Regel sind das nicht die Superreichen und Millionenerben, sondern Menschen, die es am Ende ihres Arbeitslebens zu einem Eigenheim und etwas Barvermögen gebracht haben. Seit der Pleite des US-Investmenthauses Lehman im September 2008 registriert er eine „ungewohnte Nachdenklichkeit“: „Viele fragen sich, wozu es gut sein soll, Geld anzuhäufen, wenn gleichzeitig unsere natürlichen Grundlagen zerstört werden.“

Laut einer aktuellen Umfrage trifft der Stoßseufzer „So kann es nicht weitergehen!“ die Stimmung im Land. Acht von zehn Österreichern wünschen sich eine „neue Wirtschaftsordnung“. Nur 23 Prozent glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Das ergab eine Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Die Nachricht hielt sich nur kurz zwischen den Schlagzeilen, dann wurde sie von Aktualitäten fortgerissen.

Man kann in den Befund einiges hineinlesen: Sehnsucht nach einer Ökonomie, die auf die Umwelt Rücksicht nimmt, auf sozialen Ausgleich achtet, weniger Arbeits-

„Griechenland führt vor Augen, wie viel man einer Bevölkerung auf die Schultern legen kann, ohne dass es zu Verwerfungen kommt“

Bernhard Perchinig, Politikwissenschaftler



druck erzeugt, mehr Zeit für die Familie lässt. Wie die Alternative aussehen soll, bleibt offen, ebenso, woher die Kraft für Veränderungen kommen soll. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, den Märkten Fesseln anzulegen, tendiert gegen null.

Das Meinungsforschungsinstitut Kamasin fühlte dem Volk im Auftrag von profil auf den Zahn. Wie kommt es an, wenn Magna-Gründer Frank Stronach verspricht, das Land wie einen Konzern führen zu wollen? Das frappierende Ergebnis: 56 Prozent trauen Unternehmern bei der Bewältigung der Krise mehr zu als Politikern. Nur 22 Prozent finden, Politiker machten in turbulenten Zeiten die bessere Figur (siehe Grafik).

Vor drei, vier Jahren sprachen Bankenchefs von gemeinsamen Werten und ge-

sellschaftlichem Zusammenhalt. Das Denkerforum Alpbach stellte sich unter das Motto „Vertrauen“. Die EU-Kommission startete eine „Mehr-als-BIP“-Initiative, um ökonomisches Wachstum mit ökologischem und sozialem Fortschritt zu verbinden.

Systemkritik hatte Rückenwind, inzwischen hat er sich wieder gelegt: Die Spitzen der Finanzindustrie behielten ihre Posten und machten vereinzelt sogar Karriere, wie Ex-Goldman-Sachs-Manager Mario Monti, jetzt italienischer Premier, oder Mario Draghi, vormals Präsident der italienischen Nationalbank, jetzt Chef der Europäischen Zentralbank. „Es herrscht wieder die alte Doktrin: Nur keine Einschränkungen für Finanzmärkte, stattdessen Kürzungen im sozialen Bereich, auch wenn die Schere



EPA/ROD-VERNEBEND

FRANK STRONACH
Könnte davon profitieren, dass
Unternehmer für die besseren
Krisenbewältiger gehalten werden

zwischen Arm und Reich auseinandergeht“, klagt Martin Schenk, Sozialexperte der Armutskonferenz.

Kaum ein zweites Land in Westeuropa musste so tief greifende Änderungen innerhalb so kurzer Zeit verkraften wie Österreich: Innerhalb von zwei Jahrzehnten fiel der Eisernen Vorhang, trat das Land der EU bei, zog sich der Staat aus vielen Bereichen zurück. Das generierte Unsicherheitsgefühle, die statistisch kaum zu fassen sind, sagt Manfred Krenn vom Sozialforschungsinstitut Forba: „Die Wirtschaftskrise lässt sie scharf hervortreten.“ Ähnlich sieht es Hermann Wasserbacher vom Meinungsforschungsinstitut Ifes: „Seit 2008 zieht sich latente Systemkritik wie ein roter Faden durch die Politikforschung. Der Erfolg der

Piraten und die Kandidatur Stronachs wären anders kaum zu erklären.“

Die Werbeindustrie hat für Befindlichkeitsstörungen ein besonders feines Sensorium. Bald nach der Lehmann-Pleite kamen „Ich“-Statements aus der Mode. „Das Wir gewinnt, auch in der Werbesprache“, konstatierte Peter Wippermann vom Hamburger Trendbüro damals. Etwa zu dieser Zeit entsorgte die Elektronikette Saturn ihren Langzeit-Slogan „Geiz ist geil“. Angeblich hatten ihre Kunden die Lust an rücksichtslosen Rabattschlachten verloren.

Eine Million Menschen in Österreich gelten als „armutsgefährdet“, weil sie weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen. Abstiegsängste befallen allerdings auch jene mit sicheren, gut do-

tierten Jobs. Forba-Forscher Krenn: „Inzwischen kennt jeder jemanden, der so wenig verdient, dass er davon nicht leben kann, oder hat am eigenen Leib erfahren, dass sich die beste Ausbildung im Laufe der Jahre entwertet und man sich ständig neu bewähren muss.“ Steigende Ausgaben für Wohnen, Energie und Lebensmittel zehren an einem wichtigen Kapital der Gesellschaft: dem Glauben daran, dass jeder es schaffen kann, wenn er sich anstrengt.

Die politische Rendite der Verunsicherung kassierte lange Zeit die FPÖ. „Sie gerierte sich als Heimat für alle, die sich nicht mehr angesprochen fühlten, als SPÖ und ÖVP angefangen haben, nur mehr die Mitte zu adressieren“, so Krenn. Die Rechten gaukelten Sicherheiten vor, die verloren gegangen waren, lieferten vermeintlich Schuldige an der Misere und füllten so die „populistische Lücke“. Nun versucht hier auch der Austrokanadier und Magna-Konzern-Gründer Frank Stronach zu reüssieren. Durchaus mit Aussicht auf Erfolg. Politologe Fritz Plasser rechnet damit, dass Stronachs noch zu gründende Partei bei der Nationalratswahl 2013 die 4-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament meistert.

Vor zehn Jahren hatten Finanzberater es noch verstanden, ihre Klientel mit sagenhaften Renditeversprechen zu undurchschaubaren Investments zu drängen. Diese „Verführer“ könne heute „niemand mehr sehen“, erzählt Kleinaktionärssprecher Rasinger. Stattdessen höre er Lob auf den guten alten Schilling: „Die Leute wissen, dass man die Zeit nicht zurückdrehen kann. Sie trauern der verlorenen Insel der Seligen nach.“ Man flüchte in biedermeierliche Abgeschiedenheit, wolle nichts mehr wissen von Hunger, Klimawandel und der Misere indischer Bauern, gegen die man nicht das Geringste ausrichten kann. „Ohnmachtsgefühle sind für den Einzelnen schwer erträglich und auf gesellschaftlicher Ebene nicht ungefährlich“, sagt Christoph Hofinger, Politikforscher beim Sozialforschungsinstitut Sora.

Während sich die einen ins Schneckenhaus verkriechen, einen Bauernhof renovieren oder beim Quitteneinkochen entspannen, rüsten sich die anderen in Bildungseinrichtungen und Outdoor-Camps zu wettbewerbsfähigen Ich-AGs hoch oder ▶

„Es bleibt uns nichts anderes übrig, als Freiräume zu nützen und etwas auszuprobieren. Sonst entsteht garantiert nichts Neues“

Harald Katzmair,
Netzwerk-Analytiker und Sozialphilosoph

entfliehen mit Drogen, Partys und exzessivem Konsum der Wirklichkeit. „Rückzug, Aggression und Zerstreung sind die klassischen Reaktionsmuster auf Stress“, sagt Netzwerk-Analytiker und Sozialphilosoph Harald Katzmair. Alle drei Methoden der Angstbewältigung haben jedoch einen erheblichen Nachteil: „Man fühlt sich von der Welt und anderen Menschen getrennt.“

Das erste jedes Engagement im Keim und mache anfällig für Ressentiments und politische Populisten. Menschen, die mit Liquid Democracy, Umsonstgeschäften, Tauschkreisen, Lastenrad-Kollektiven, Nachbarschaftshilfe oder Guerilla-Gardening experimentieren, sind für Katzmair nicht Träumer, sondern Türöffner für künftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Modelle: „Es bleibt uns nichts anderes übrig, als Freiräume zu nützen und etwas auszuprobieren. Sonst entsteht garantiert nichts Neues.“

Vor vier Monaten bezogen Petja Dimitrova, Can Cülcü und Radostina Patulova ein Erdgeschoßbüro im verruchten Wiener Stuwerviertel. Die Vermieter hinterließen auf der Toilette den Spruch: „La storia siamo noi“, „Die Geschichte sind wir“. Sie haben ihn nicht entfernt, weil er zu dem passt, was sie sein wollen: eine Art Labor für eine andere Art, miteinander umzugehen, Kunst zu machen und Wirtschaft zu treiben. Schon im Vorfeld der von den Grünen initiierten Wien-Woche (21. September bis 7. Oktober) verließen Dimitrova, Cülcü und Patulova gewohnte Pfade: Statt alles von oben zu diktieren und fertige Ideen einzusammeln, spannten sie alles aushandeln: Budget, Programm, Umsetzung. Es gab Kämpfe, solidarische Momente, Durststrecken und Sternstunden. „Jetzt ist alles auf Schiene, es hat funktioniert“, sagen die Kuratorinnen.

Psychologen wissen, dass die Angst, etwas zu verlieren, stärkere Emotionen auslöst als die Angst, etwas nicht zu bekommen. Als eines der reichsten Länder der

Welt ist Österreich ein prächtiger Humus für Angst. Die Wohlhabenden können Sicherheit aus ihrem Besitz ziehen. Wer nichts besitzt, muss sich auf die staatliche Wohlfahrt verlassen, doch die steht mit jedem Sparpaket infrage. „Der Abbau des Sozialstaats steht erst am Anfang“, fürchtet Politikwissenschaftler Bernhard Perchinig: „Das Beispiel Griechenland führt vor Augen, wie viel man einer Bevölkerung auf die Schultern legen kann, ohne dass es zu echten Verwerfungen im System kommt.“

Die Wut der Griechen richtet sich gegen mittellose Zuwanderer. Auch hierzulande leisten Sündenböcke Dienste am Populismus. Unter Erwachsenen wie auch unter Jugendlichen bildete sich ein ausländerfeindlicher Mainstream heraus. Akzeptabel seien nur noch Migranten, die sich „beinhaltet integrieren“, erklärte ein Fokusgruppen-Teilnehmer für die Wertestudie 2011.

Inzwischen geht es in öffentlichen Debatten freilich kaum noch um sozialen Zusammenhalt oder rechtsextreme Gefahren, sondern fast ausschließlich um Staatsschulden. Die nachwachsenden Generationen haben die bittere Pille vorab geschluckt: 70 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen glauben nicht, dass sie eine staatliche Pension bekommen, ergab eine Umfrage an der Fachhochschule Wiener Neustadt im Auftrag der Wirtschaftskammer.

Jene Generation antwortete darauf mit „fröhlicher Härte gegenüber sich selbst und den Mitmenschen“, schreiben die Autoren der Studie. Einer von ihnen, Bernhard Heinzlmaier, referierte beim Wissenschaftsforum im Tiroler Alpbach über die Welt aus der Sicht der 14- bis 29-Jährigen. Die Wirkung seiner Worte auf die Spitzen von Wirtschaft und Politik sei enden wollend gewesen: „Ich habe den Eindruck, da leben einige in einem Paralleluniversum, beruhigen sich mit Optimismusstudien und lassen nichts mehr an sich heran.“

Wenn das stimmt, haben sie den Jungen den Umgang mit Krisen vorgelebt. Jugendliche und junge Erwachsene haben sich aus dem Gemeinwesen inzwischen ausgeklinkt. Zwar blicken sie zuversichtlich nach vorn, wenn es um sie persönlich geht. Doch das ist purer Zweckoptimismus. Generell sieht die Generation schwarz. Heinzlmaier: „Das Gros der heimischen Jugend geht davon aus, dass die Welt untergeht, ihr davor aber genug Zeit bleibt, halbwegs gut zu leben.“

Nur wenigen steht der Sinn danach, die Verhältnisse mitzugestalten. Die Schuld für

gesellschaftliche Krisen wird im individuellen moralischen Versagen gesucht. „Reflexionen über Strukturen und Zusammenhänge gibt es kaum“, schreiben die Jugendforscher. Die Mehrheit der jungen Österreicherinnen und Österreicher fühlt sich von „abgehobenen Eliten“ dirigiert, gegen die sie nichts auszurichten vermögen. Also arrangieren sie sich. Die Einschätzung, dass nicht mehr die Politik, sondern die Wirtschaft am Hebel der Macht sitzt, teilen Jugendliche mit dem Gros der Erwachsenen. Laut profil-Umfrage glauben 78 Prozent der Befragten, dass „die Finanzmärkte regieren“. Nur 14 Prozent halten „die Politik“ für die bestimmende Kraft (siehe Grafik).

Das ökonomische Prinzip waltet in allen Lebensbereichen, von der Ausbildung bis zu den Liebesbeziehungen. Freunde und Bekannte werden nach ihrem Nutzwert gescannt, die Familie soll als Back-up für brüchige soziale Netzwerke herhalten, als Auffangnetz, wenn man einmal eine Auszeit vom permanenten Ranking-Stress braucht. Noch mehr Bildungsabschlüsse, noch mehr Auslandssemester, Sprachen und Praktika, das ist eine Seite der Ich-AG. Sparen, den Gürtel enger schnallen die andere. „Sparen“, antworteten 35 Prozent in der aktuellen profil-Umfrage auf die Frage, was man persönlich tun könne, um die Krise zu überwinden. Immerhin 30 Prozent votierten für das Gegenteil: „Geld ausgeben“.

Bei aller Systemkritik, das Ende der Marktwirtschaft ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Laut der Bertelsmann-Studie hält ein Drittel der Befragten Wachstum weiterhin für „sehr wichtig“ für die Lebensqualität in einem Land. Das deckt sich mit den Erfahrungen, die die Journalistin Anneliese Rohrer machte. Sie hatte zwischen Mai 2011 und Februar 2012 regelmäßig zu Mutbürger-Stammtischen geladen. „Die Hauptsorge der Leute ist die Verschwendung von Steuergeld, dass zu wenig Geld für die Bildung und das Sozialsystem da ist“, sagt sie. Keine Spur von Sehnsucht nach „neuer Wirtschaftsordnung“ oder „Wut auf Banker“.

Das unterscheidet die Generationen nun doch: In den Fokusgruppen für die Jugendwertestudie erhitzte die Bankenkrise die Gemüter. Jugendliche und junge Erwachsene erkennen darin Zeichen für den Moralverlust in Politik und Gesellschaft, resümieren die Forscher. Eine 19-jährige AHS-Schülerin schimpfte, das Verhalten „mancher Wirtschaftstreibender“ sei „unfair“, „egoistisch“ und „asozial“. Das klingt dann doch ein wenig wütend. ■